

Afghanistan im Überblick

zusammengestellt von Thomas Ruttig

Medien: Pakistanischer Geheimdienst unterstützt aktiv Taliban

Diplomaten und pakistanische Oppositionspolitiker haben in der *New York Times* (21.1.2007) Pakistans Geheimdienst (ISI) erneut schwer beschuldigt, ein 'Comeback der Taliban' zu fördern. Die Zeitung beruft sich u.a. auf Husain Haqqani, Berater mehrerer früherer Regierungen in Islamabad und derzeit an der *Carnegie Endowment for International Peace* in Washington, dass der ISI zu diesem Zweck die religiösen Parteien des Landes instrumentalisieren. Diese stellten dem ISI, Rekruten, Personal, einen Deckmantel und „Leugnungspotenzial“ (*deniability*) zur Verfügung. Als Gegenleistung manipulierte der ISI Wahlergebnisse zu ihren Gunsten. Desweiteren wird ein westlicher Diplomat in Kabul mit der Aussage zitiert, er habe einen Geheimdienstbericht über ein kürzliches Treffen zwischen einem hochrangigen Taliban-Kommandeur und einem ehemaligen ISI-Obersten in der Nähe der afghanischen Grenze gesehen. Die Zeitung greift ferner bereits in Kabul zirkulierende Berichte auf, dass der ISI frühere Taliban auffordere, sich dem *Jihad* in Afghanistan wieder anzuschließen und ihnen bei Weigerung damit droht, sie zu verhaften und als Taliban-Verdächtige an die USA auszuliefern. Die pakistanischen Behörden hatten schon während der Taliban-Herrschaftszeit stets darauf geachtet, dass das Prinzip der *plausible deniability* eingehalten wurde. Militär- und ISI-Angehörige quittierten den Dienst, bevor sie als Berater der Taliban aktiv wurden. Dadurch gelang es der internationalen Gemeinschaft nie, die berühmte *smoking gun* zu finden, die eine direkte Verwicklung pakistanischer Streitkräfte in Taliban-Aktivitäten belegt hätte.

Spitzen-Verluste für Taliban

Beim Tod des Taliban-Kommandeurs für Süd-Afghanistan Mulla Akhtar Mohammed Osmani am 23.12. scheint Pakistan eine Rolle gespielt zu haben. Nachdem der ISI in Belutschistan zwei Brüder Osmanis, Nr. 2 in der Taliban-Militärhierarchie, festgenommen hatte, überschritt dieser offensichtlich die Grenze nach Afghanistan. Dort traf ihn ein US-Luftangriff, zu dem der ISI offenbar Erkenntnisse zur Lokalisierung Osmanis beigetragen hatte. Dies bestätigte

auch der NATO-Befehlshaber in Afghanistan, der britische General David Richards. Osmani ist der höchstrangige Taleb, der seit Ende 2001 getötet worden ist. Anfang Februar wurde am pakistanisch-afghanischen Grenzübergang Torkham auch einer der beiden Taliban-Sprecher, Muhammad Hanif, zuständig für die Nord-Hälfte des Landes, vom afghanischen Geheimdienst festgenommen. Bei seinen Vernehmungen soll er ausgesagt haben, dass sich Taliban-Chef Mulla Muhammad Omar unter ISI-Schutz in Pakistan aufhalte und dass der ISI Selbstmordattentate in Afghanistan finanziere. Die pakistanische Regierung dementierte dies vehement und deutete an, dass solch eine Aussage nur unter der Folter habe zustande kommen. Die Taliban bestätigten sowohl den Tod Osmanis als auch die Verhaftung Hanifs und ernannten einen Nachfolger für Letzteren.

Taliban lehnen Friedens-Jirga ab

In einer Botschaft zum islamischen Fest Id al-Adha hat Taliban-Führer Mulla Omar es ausgeschlossen, dass Taliban-Vertreter an einer von den Regierungen Afghanistans und Pakistans geplanten Friedensjirga von Stammesführern teilnehmen. Dieser Plan sei eine Falle, zitierte ihn die BBC am 29.12. „Kein (echter) Moslem werden an etwas teilnehmen, das von Aggressoren und (ihren) Marionetten veranstaltet wird“. Er kündigte ferner an, dass die ‚Aggressoren‘ das Land in ‚Erniedrigung und Schande‘ verlassen werden. Ein Termin für die Jirga steht auch nach dem Besuch von Pakistans Premierminister Shaukat Aziz Anfang Januar in Kabul noch nicht fest.

Taliban kündigen Schuleröffnungen an

Der Führungsrat der Taliban plant, in Süd-Afghanistan eigene Schulen zu eröffnen. Dies sagte Taliban-Chefsprecher Abdulhai Mutma'en in Anrufen bei zahlreichen Nachrichtenagenturen. Insgesamt solle ab März – bei Beginn des offiziellen Schuljahres – in sechs Provinzen – Kandahar, Zabul, Uruzgan, Helmand, Nimroz und Farah – ‚islamische Bildung zunächst für Jungen und später für Mädchen‘ angeboten werden. Dafür sei eine Million Dollar bereitgestellt worden. Die BBC zitierte einen weiteren Taliban-Sprecher, demzufolge neben islamischen

Fächern auch Geschichte, Geografie, Physik und Chemie unterrichtet werden sollen. ‚Die Taliban sind nicht gegen Bildung‘, sagte Mutma‘en, ‚die Taliban wollen (aber) Scharia-Bildung.‘ Im vergangenen Jahr wurden den Taliban 200 Brandanschläge auf Schulen und Morde an 20 Lehrern zur Last gelegt; Beobachter gehen davon aus, dass ein Teil der Anschläge allerdings auf das Konto anderer islamisch-konservativer Elemente geht. Der afghanische Bildungsminister Hanif Atmar sagte am 22.1., dahinter verberge sich in Wahrheit der Plan der Taliban, ihre ‚terroristischen Lager‘ nach Afghanistan zu verlegen. Er kündigte ein militärisches Vorgehen gegen etwaige Taliban-Schulen an.

NATO: Ein Jahr, um Taliban zu schlagen

‚Noch ein Jahr‘ sei nötig, um gegen die Taliban ‚gewinnen‘ zu können – vorausgesetzt ‚mehr Geld und mehr Truppen‘ werden zur Verfügung gestellt. Das sagte der scheidende Befehlshaber der NATO-Truppen in Afghanistan Gen. David Richards in einem Interview mit dem britischen *Guardian* (22.1.2007). Es sei zum ersten Mal gelungen, die geplante Winter-Offensive der Taliban zu verhindern, allerdings ‚mit weniger Truppen als wir benötigten‘. ‚Wir sollten und können in Afghanistan gewinnen, aber wir müssen mehr militärische Anstrengungen unternehmen‘, fügte er hinzu. Sich eine Stabilisierung des Landes zum Ziel zu setzen, sei ‚nicht gut genug‘. Gleichzeitig forderte Richards ‚unsere zivilen Partner‘ auf, die Geschwindigkeit und den Umfang ihrer Wiederaufbau- und Entwicklungsanstrengungen zu erhöhen, genug um mit den Erwartungen der Bevölkerung Schritt zu halten‘. Präsident Karzai solle mehr tun, die Korruption zu bekämpfen, und ineffektive Verwaltungsbeamte auswechseln. Schliesslich müsse man ‚Pakistan und Afghanistan zusammen bringen‘. Insgesamt sprach er sich für einen ‚kohärentes, holistisches‘ Herangehen an die ‚komplexe *Counter-insurgency*-Kampagne‘ aus. ‚Soldaten werden die ersten sein, die Ihnen sagen, dass militärische Anstrengungen allein nicht genug sind.‘ Mehr müsse in ‚capacity building‘ investiert werden, und man müsse aufhören, einer islamischen Gesellschaft ‚westlichen‘ Lösungen aufzuzwingen. Er kritisierte erneut indirekt Deutschland. ‚Im September letzten Jahres haben ein, zwei Länder sich zu sehr auf „ihre“ Provinz konzentriert und waren zurückhaltend, sich am Kampf in Kandahar zu beteiligen. Aber wenn Kandahar an die Taliban gefallen wäre, wäre der gesamte Süden zusammengebrochen.‘ Richards Ansichten werden

von seinem US-Pendant bestätigt. General Karl Eikenberry sagte der *Voice of America* am 22.1.2007, dass ‚schlussendlich der Krieg nicht durch Gewalt allein gewonnen werden könne. ... Die nicht-militärischen Aspekte des Erfolgs in Afghanistan werden zunehmend wichtig: die Bereitstellung von Bildung, von *Good Governance*, eines Justizsystems, einer gut funktionierenden Wirtschaft.‘

Umbesetzungen an der Polizeispitze

Präsident Hamed Karzai hat am 13.1.2007 40 leitende Positionen in der Nationalen Polizei umbesetzt. Dabei wurden nach lang anhaltendem Druck der internationalen Gemeinschaft, darunter auch der bisherigen *lead nation* für den Polizeiaufbau Deutschland, mehrere wegen Kriminalität und Menschenrechtsverletzungen erheblich belastete Provinzpolizeichefs ausgetauscht. Dazu gehören Amanullah Guzar (Kabul), Bassir Salangi (Nangrahar) und Maulana Abdurrahman Seyyedkhel (Parwan), alle Exponenten der Nordallianz und Karzais Chefberater Ex-Verteidigungsminister Fahim nahestehend. Seyyedkhel allerdings wurde in Fortsetzung einer viel kritisierten Praxis Karzais nur auf den gleichen Posten in der Nachbarprovinz Baghlan versetzt. Auch der in den Drogenhandel verwickelte Chef der Grenzpolizei in Nangrahar Abdulzaker, Sohn des ermordeten Mudschahedin-Führers und Ministers Haji Abdulqadir, wurde versetzt. Guzar und Seyyedkhel stehen in dringendem Verdacht, in die Entführung von drei ausländischen UN-Mitarbeitern vor zwei Jahren sowie in weitere Entführungen afghanischer Geschäftsleute verwickelt zu sein. Der deutsche UN-Sondergesandte für Afghanistan Tom Königs begrüßte diese Maßnahme als ‚einen Schritt hin zu Stabilität‘. Alle Neuernannten seien wegen ‚ihrer Fähigkeiten, Integrität und Erfahrung‘ ausgewählt worden – und nicht, wie bisher häufig üblich, wegen ihrer Beziehungen zu bewaffneten Machthabern.

Erster Selbstmordanschlag 2007

Mindestens zehn Afghanen wurden getötet und 14 andere verletzt, als vor dem ISAF-Camp *Salerno* in der ostafghanischen Provinzhauptstadt Khost am 23. Januar, als sich vor deren Tor ein Mann in einer Menschenmenge in die Luft sprengte. Das meldete die afghanische Nachrichtenagentur *Pajhwok Afghan News*. Bei allen Opfern handele es sich um Arbeitssuchende, die nach einem Tagesjob anstanden.